



Nachdem Antidiskriminierungsgruppen eine Klage eingereicht haben, hat ein Gericht in Paris hat angeordnet, dass der Social-Media-Riese Twitter seine Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass im Internet offenlegen muss.

Ein Pariser Gericht hat am Donnerstag entschieden, dass Twitter seine Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass-Posts offenlegen muss. Dies ist einer von mehreren Fällen, in denen es darum geht, ob und wie weit die französische Justiz den US-amerikanischen Social-Media-Riesen zu Maßnahmen zwingen kann. Der in Irland ansässige Kurznachrichtendienst Twitter International hatte gegen eine Entscheidung vom Juli Berufung eingelegt, in der er aufgefordert wurde, Dokumente und Details über sein französisches Moderationsteam und Daten über dessen Aktivitäten gegen Hass-Posts offenzulegen.

Der Fall war von mehreren Antidiskriminierungsgruppen angestrengt worden, weil das Unternehmen ihrer Meinung nach seit langem versäumt hat, Beiträge ordnungsgemäß zu moderieren.

Das Berufungsgericht bestätigte am Donnerstag das erste Urteil und verurteilte Twitter außerdem zur Zahlung von 1.500 Euro an die Kläger, darunter SOS Racisme, SOS Homophobie und die Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus (Licra).

In einem anderen Pariser Fall verklagen drei Opfer von Terroranschlägen, die online belästigt wurden, Twitter Frankreich.

Sie argumentieren, das Unternehmen sei schuld daran, dass ihre Verfahren gegen die Belästiger gescheitert seien, da es die von den Ermittlern angeforderten Informationen zur Identifizierung nicht zur Verfügung gestellt habe. In diesem Fall sagte der Chef von Twitter Frankreich, Damien Viel, letzte Woche vor Gericht: „Ich bin für die Geschäftsentwicklung von Twitter zuständig und sonst nichts“. Die Weitergabe von Daten an die Behörden hänge „vom guten Willen von Twitter International ab, das sich außerhalb der französischen Gerichtsbarkeit befindet und entscheiden kann, ob es kooperiert oder nicht“, fügte sein Anwalt Karim Beylouni hinzu.

In einem weiteren Fall in Versailles, in der Nähe von Paris, hat Twitter Frankreich erklärt, dass es nicht in der Lage ist, einem Ersuchen der Polizei um Informationen über Personen nachzukommen, die Beleidigungen und Drohungen gegenüber einem öffentlichen Beamten verschickt haben. Das lokale Büro sagt, dass es keine Informationen speichert, da alle Daten von der europäischen Muttergesellschaft des Konzerns in Irland verarbeitet werden.

Die Staatsanwaltschaft hat Geldstrafen von bis zu 75.000 Euro sowohl gegen



Französisches Gericht: Twitter muss Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass im Internet offenlegen

Twitter Frankreich als auch gegen den französischen Manager Damien Viel persönlich beantragt.